



picture-alliance/dpa

Das durch die Vereinten Nationen vermittelte Ende des israelischen Militäreinsatzes – im Bild Aufräumarbeiten in Beirut nach einem israelischen Luftangriff am 7. August 2006 – verstanden viele Libanesen als einen Sieg des Libanons und der Hisbollah.

Der Rückzug der israelischen Streitkräfte offenbarte, dass sich auch nach der mehrwöchigen Operation wenig an den Machtverhältnissen im Libanon geändert hat. Die Hisbollah, auf vielfältige Weise unterstützt aus dem muslimischen Ausland, ging nicht wesentlich geschwächt aus den Kämpfen hervor. Innerhalb der konfessionell gemischten libanesischen Bevölkerung bewirkte der israelische Militäreinsatz nicht ihre Isolierung, sondern hatte vielmehr einen Solidarisierungseffekt zur Folge, vor allem aufgrund der umfassenden Zerstörungen der libanesischen Infrastruktur durch die israelischen Bombardements.

■ Der Sommerkrieg 2006 im Libanon und seine Folgen

Der Libanon war im Sommer 2006 Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen dem Staat Israel auf der einen und der schiitischen Miliz Hisbollah (Partei Gottes) auf der anderen Seite (vgl. den Beitrag von Melanie Herwig und Rudolf J. Schlaffer). Auslöser der Kampfhandlungen im Juli und August 2006 war ein Überfall der Hisbollah auf eine israelische Grenzpatrouille, bei dem am 12. Juli zwei israelische Soldaten entführt und drei weitere getötet wurden.

Der Vorfall an sich stellt – über die Jahre betrachtet – kein außergewöhnliches Ereignis dar. Nachdem sich die Israelischen Verteidigungskräfte (Zahal) im Mai 2000 nach 18 Jahren Besatzung aus der sogenannten Sicherheitszone im Südlibanon zurückgezogen haben, waren schon vor Kriegsausbruch bei Angriffen der Hisbollah 21 Personen, darunter sechs Zivilisten, ein französischer UN-Soldat und 14 israelische Soldaten, ums Leben gekommen.

Bislang hatten sich alle Vergeltungsaktionen im unmittelbaren zeitlichen und regionalen Zusammenhang abgespielt. Auf den Beschuss eines israelischen Grenzpostens folgte unweigerlich der Beschuss einer Stellung der Hisbollah oder eines von deren Nachschublageren. Der militärische Konflikt hatte sich zumindest seit Mai 2000 innerhalb relativ klar definierter Bahnen bewegt. Eine erhöhte Aktivität der Hisbollah war nur kurz vor anstehenden UN-Debatten über die Verlängerung des UNIFIL-Mandats (United Nations Interim Force in Lebanon) zu beobachten. Die Entführung israelischer Soldaten war ein Schritt hin zu einer weiteren Eskalation der ohnehin angespannten Situation, der in der israelischen Öffentlichkeit als neue Bedrohungsform wahrgenommen wurde.

Dennoch hatte niemand eine derart heftige Reaktion des israelischen Staates erwartet. Israel ging mit erheblichen militärischen Mitteln gegen die Hisbollah im Süden des Libanons vor und begründete umfassende Zerstörungen der libanesischen Infrastruktur im gesamten Land damit, dass es den Staat Libanon als Gesamtverantwortlichen für die Lage im Grenzgebiet

betrachte, zumal Angehörige der Hisbollah in der Regierung vertreten seien. Selbst der seit 1992 amtierende Hisbollah-Chef Sayyid Hassan Nasrallah gestand ein, die Entführung der beiden Soldaten hätte niemals stattgefunden, wäre das Ausmaß der Gegenreaktion vorher absehbar gewesen. Der damalige libanesische Ministerpräsident Fuad Siniora zog es vor, trotz des Todes von etwa 40 eigenen Soldaten und Polizisten sowie von mehr als 1000 libanesischen Zivilisten durch die israelischen Bombardements keine aktive Gegenwehr zu leisten.

Konfliktebenen

Das proklamierte Ziel der Hisbollah lautet, die von Israel besetzten libanesischen Territorien mit allen Mitteln zu befreien und parallel dazu einen Staat nach islamischem oder vielmehr schitischem Vorbild zu errichten. Als besetzte Gebiete werden von der Miliz die völkerrechtlich Syrien zugesprochenen Schebaa-Farmen im Westteil der Golanhöhen bezeichnet (zum rechtlichen Status vgl. S. 142 f.). Die Ziele der Hisbollah werden unterschiedlich bewertet. Die Organisation selbst versteht sich zwar als Vorkämpfer einer gesamtislamischen Sache, ist aber, nüchtern betrachtet, bisher relativ isoliert in der islamischen Welt. Selbst die Arabische Liga, der einflussreichste Zusammenschluss islamischer Staaten, hat Israel bereits im Jahre 2002 normalisierte Beziehungen im Gegenzug für einen israelischen Rückzug auf die Grenzen vom 4. Juni 1967, also den Grenzverlauf vor dem Sechstagekrieg, angeboten. Dies käme einer Anerkennung des Staates Israel sehr nahe. Die Vereinten Nationen, die Europäische Union und auch Deutschland haben die Hisbollah nach wie vor nicht als Terrororganisation eingestuft. Daraus ergibt sich, dass jede multinationale Handlung gegen die Gruppierung nicht in den Bereich des Antiterrorkampfes fällt. Israel hingegen hat die Hisbollah auf die Liste der Terrorgruppierungen gesetzt und findet dabei die Unterstützung der USA.

Wichtiger für die Bewertung der Auseinandersetzung sind neben den politischen Zielen – für Israel die Verteidigung des Staatsterritoriums, für die Hisbollah die Beendigung der israelischen Besatzung – vor allem die religiösen Grundüberzeugun-

gen, die sich teils zu ausgeprägten Ideologien verfestigt haben. Der israelische Staat wurde zwar auf Basis einer gemeinsamen Religion, des Judentums, gegründet. Konstituierendes Element war aber vor allem die säkulare nationale Idee eines in der Diaspora zerstreuten jüdischen Volkes, das im »Land der Väter« zusammengeführt werden sollte. In den Streitkräften leisten nahezu ausschließlich Soldaten jüdischen Glaubens Dienst. Das verbindende Element der Religion, in erster Linie aber der ihnen anerzogene, spezifische israelische Patriotismus stärken sie darin, den Kampf ebenso geschlossen zu führen wie die Hisbollah. Deren Kampfverbände wiederum haben nur Muslime – fast ausschließlich schiitischer Konfession – in ihren Reihen. Der islamische Glaube beinhaltet die Überzeugung, dass jedem Muslim, der während des »Heiligen Krieges« umkommt (und als solchen versteht die Hisbollah ihren Kampf), der Eintritt ins Paradies sicher ist. Gefallene werden dementsprechend im Familien- und Kameradenkreis als Märtyrer gefeiert und hoch geehrt.

Neben der Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hisbollah spielen im Libanon weitere Konfliktfelder eine Rolle, die zum Teil miteinander in Wechselbeziehung stehen. Aufgrund der Vielzahl der regionalen Auseinandersetzungen ist eine auf den Südlibanon beschränkte Bewertung der Sicherheitslage nahezu unmöglich. Dies betrifft beispielsweise die Haltung der Bevölkerung. Der Libanon ist ein multikonfessioneller Staat, der bis auf kleine Minderheiten wie Armenier, Tscherkessen, Kurden oder Europäer ganz überwiegend von Arabern bevölkert ist. Die schiitische Hisbollah wiederum hat nur einen Teil der arabischen Bevölkerung religiös-ideologisch hinter sich. Sie stellt sich dennoch als Vorkämpfer für alle Libanesen dar. Während der Kampfhandlungen seit Juli 2006 kam es zu Spannungen zwischen den verschiedenen Konfessionen. Ein Großteil der Zerstörungen zu Beginn des Krieges traf schiitische Wohngebiete. Flüchtlingsströme zogen jedoch auch durch sunnitische und christliche Stadtviertel, die bisher weitgehend unbehelligt vom Krieg geblieben, nun aber in die Zielauswahl der israelischen Streitkräfte geraten waren. Die Verknappung von Lebensmitteln und Wohnraum führte zunächst zum Verdross gegenüber der Hisbollah und damit auch gegenüber der schiitischen Bevölkerung. Spätestens mit den israelischen Bombardements christlicher und sunniti-

Asymmetrische Gewalt im Nahen Osten

Mit dem Begriff der asymmetrischen Gewalt (oder »asymmetrischen Kriegführung«) werden Konflikte bezeichnet, bei denen sich nicht-ebenbürtige Gegner gegenüberstehen. Meist bezieht sich das auf die Strategie der schwächeren Seite, keine regulären Streitkräfte einzusetzen, sondern den Gegner mit irregulären Kräften an seinen Schwachstellen zu treffen. Als asymmetrischer Ansatz kann aber auch der gezielte Einsatz technologisch weit überlegener Kampfmittel gelten. Anders als im klassisch-europäischen Verständnis von Kriegführung sind hier die Grenzen der Auseinandersetzungen fließend: zwischen innen- und außenpolitischem Konflikt, zwischen Krieg, Bürgerkrieg, Aufstand und Gewaltverbrechen. Wer als »Aufständischer« oder »Terrorist« etikettiert wird, versteht sich selbst als Freiheitskämpfer; wer als Selbstmordattentäter Menschen in den Tod reißt, tut dies nach eigenem Verständnis nicht als (Selbst-)Mörder, sondern als Märtyrer in einem ideologisch legitimierten Kampf.

Wenn die weltweiten Konflikte seit den 1990er-Jahren durch das Verschwimmen der herkömmlichen Grenzen zwischen »Krieg« und »Frieden« gekennzeichnet sind, dann ist der Nahe Osten eine Art Laboratorium dieser Art der Kriegführung. Zahlreiche Beispiele für diese Gemengelage bot der Bürgerkrieg im Libanon von 1975 bis 1990: Neben regulären Armeen (Syrien, Israel) oder Friedenstruppen (UNIFIL, USA oder Frankreich) traten hier ethnisch-konfessionell geprägte Milizen, kriminelle Banden und Familienclans in Erscheinung.

Allerdings war der Nahe Osten schon vorher ein Experimentierfeld asymmetrischer Konfliktformen. So rekrutierte der schiitische Geistliche Scheich Muhammad Izz al-Din al Qassam seit 1911 Gefolgsleute für gewaltsame Aktionen gegen jüdische Siedler und die britische Mandatsmacht (nach ihm benannt sind die Qassam-Raketen der Hisbollah). Zwischen 1936 und 1939 eskalierten die Anschläge arabischer Extremisten zur großen Revolte. Bis zur Gründung des Staates Israel musste sich die britische Mandatsmacht dann auch mit Terrorakten der jüdischen Untergrundbewegung Irgun (Ezel) unter der Führung des späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin auseinandersetzen. Palästinensische Guerillabewegungen beriefen sich nach der Staatsgründung Israels bei ihren Aktionen zunächst auf ein arabisch-

nationales Ideengut (so die Fatah); andere Gruppierungen stellten ihren Kampf unter nationale und sozialistische (as Saika), marxistisch-leninistische (PFLP) oder maoistische (DFLP) Vorzeichen. Die palästinensische Zwangsmigration in die Nachbarländer führte ab 1967 zu einer Internationalisierung des Konflikts. Nach der Niederlage der arabischen Staaten im »konventionellen« Sechstagekrieg verstärkte sich der asymmetrische Ansatz in der Konfliktführung. Parallel dazu erfolgte ein Umschwung vom paramilitärischen Guerillakampf (mit dem Ziel der physischen Schädigung der gegnerischen Truppen) hin zu terroristischen Aktionen (mit dem Ziel der Verbreitung von Schrecken – lat. *terror* – beim Gegner und dessen Bevölkerung).

In dieser Hinsicht sind die Terroraktionen der 1970er-Jahre ein fester Bestandteil des israelisch-palästinensischen Konfliktes: So die Attentatsversuche und Flugzeugentführungen, die 1970 zum »Schwarzen September« führten; so der Anschlag auf die israelische Nationalmannschaft bei den Olympischen Spielen 1972 in München. Mit Anfang der 1980er-Jahre traten der arabische Nationalismus und der Marxismus als Legitimationshintergrund gegenüber radikalislamischen Strömungen zunehmend in den Hintergrund. Vor allem islamistische Gruppierungen verfolgten ihre Ziele seit dem Anschlag auf US-amerikanische und französische Soldaten in Beirut von 1983 mit dem Mittel des Selbstmordattentats. Zudem verdichteten sich internationale Kooperationen zu transnationalen Terrornetzwerken. So hatte um 1981 mindestens jeder zehnte deutsche Terrorist eine Ausbildung in einem palästinensischen Lager erhalten. Die 1988/89 entstandene Al-Qaida schließlich ist der Prototyp des transnationalen Terrorismus.

In asymmetrischen Konflikten beeinflussen die Medien nachhaltig die Kriegführung. Die elektronischen Bildmedien Fernsehen und Internet bieten die Möglichkeit, die Anliegen der Konfliktparteien vor der Weltöffentlichkeit darzulegen: Sei es, um eine Intervention von (vorgeblich) verbündeten Kräften zu erheischen; sei es, um durch demonstrative Gewalt, wie Terrorakte oder Geiselnahmen, die Gegenseite, Verbündete oder die Weltöffentlichkeit unter Druck zu setzen.

(mr)

scher Wohngebiete weit außerhalb der eigentlichen Hisbollah-Hochburgen setzte jedoch ein Stimmungsumschwung ein. Der israelischen Militärführung gelang es nicht, den Libanon nachhaltig zu ihren eigenen Gunsten zu polarisieren, sondern sie trug im Gegenteil zu einem Anwachsen des libanesischen Nationalgefühls und zu einer allgemeinen Solidarisierung gegen die israelische Armee bei. Vorrangiges innerlibanesisches Ziel sowohl der Hisbollah als auch der Zivilbevölkerung ist seit Ende des Krieges der Wiederaufbau des Landes. Der Hisbollah bot sich hierbei die Gelegenheit, als unbürokratische Hilfsorganisation aufzutreten, die tatsächlich an Effektivität und Leistungsvermögen die libanesischen Regierung und die Vereinten Nationen bei Weitem übertrifft. Innenpolitisch konnte sich der Libanon jedoch nie völlig erholen. Wenige Monate nach Ende des Sommerkriegs nahm die Gewalt in verschiedenen palästinensischen Flüchtlingslagern – vor allem in Nahr al-Bared – zu, sodass die libanesischen Armee sich schließlich im September zum finalen Eingreifen entschloss und trotz einer ursprünglich zugestanden Selbstverwaltung die Lagerkontrolle übernahm. Bei Kämpfen um das Lager Nahr al-Bared kamen insgesamt schätzungsweise 400 Menschen ums Leben. Wegen innenpolitischer Differenzen traten im November 2006 zahlreiche Minister zurück, womit die Regierung verfassungsgemäß nicht mehr beschlussfähig war.

Im Mai 2008 eskalierte die Gewalt erneut, diesmal allerdings zwischen der Hisbollah als Oppositionspartei und der libanesischen Regierung. Dazu geführt hatte die Entscheidung der Regierung, das Telefonnetz sowie Überwachungskameras der Hisbollah zu demontieren und den Sicherheitschef des Beiruter Flughafens zu entlassen. Seitens der Hisbollah folgte eine »Kriegserklärung« an den libanesischen Staat. Der Organisation kam zugute, dass landesweite Streiks für höhere Löhne in Gange und so bereits Massen mobilisiert waren.

Der folgende bewaffnete Einsatz der libanesischen Streitkräfte gegen die eigene Bevölkerung – erstmals seit dem Ende des Bürgerkrieges vor 18 Jahren – verhalf der Regierung unter Ministerpräsident Fuad Siniora zu einer halbwegs gesichtswahrenden Lösung des Konfliktes. Als einzige nationale Institution trat die Armee konfessionsübergreifend als eine Art neutraler Schiedsrichter in Erscheinung. Am 25. Mai 2008 konnte nach

sechsmonatiger Vakanz und nach diplomatischer Initiative der Arabischen Liga der präsidiale Konflikt beendet werden. Der Verfassung folgend wurde ein Christ, der bisherige Armeechef General Michel Suleiman, zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Eine Allparteienregierung billigte der Hisbollah ein Vetorecht bei Kabinettsbeschlüssen zu. Die sicherheitspolitische Lage hat sich seither landesweit oberflächlich beruhigen können, bleibt jedoch angespannt.

Eines der wesentlichen, auslösenden Ereignisse für den Beginn des Sommerkrieges von 2006, die Entführung von zwei israelischen Soldaten durch die Hisbollah, fand im Juli 2008 seinen Abschluss: Die sterblichen Überreste der beiden Soldaten, die mutmaßlich bereits vor oder während der Verschleppung zu Tode kamen, wurden an Israel übergeben. Im Gegenzug kamen der seit fast drei Jahrzehnten inhaftierte und wegen Mordes verurteilte Samir Kuntar sowie vier weitere Hisbollah-Anhänger frei. Daneben wurden fast 200 Leichen getöteter Libanesen und Palästinenser übergeben.

Die Demilitarisierung der Region schreitet hingegen nur langsam voran. Die im Jahre 2004 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 1559, welche unter anderem die Auflösung



Anhänger der Hisbollah begrüßen am 17. Juli 2008 in Südbeirut den aus israelischer Haft freigelassenen Samir Kuntar und seine Kameraden.

aller Milizen im Libanon forderte, wurde bisher nicht umgesetzt. Die Hisbollah – wesentlicher Adressat der Resolution – hat bislang weder ihre Waffen abgegeben, noch denkt sie auch nur an Selbstauflösung. Vielmehr hat sie sich neue Legalität zu geben versucht, indem sie sich zu einer Widerstandsorganisation ausrief mit dem Ziel, die Schebaa-Farmen zu befreien. Dieses Ziel und die Organisation insgesamt werden von Syrien nach wie vor unterstützt. Syrien verfügt mit der Hisbollah über ein Instrument, seinen Erzfeind Israel zu bedrohen, ohne dabei selber militärische Präsenz zu zeigen; formal sind beide Staaten seit 1967 im Kriegszustand. Deshalb ist auch mit einer Aufgabe der syrischen Position vorerst nicht zu rechnen – und damit verbunden auch nicht mit einem Ende der syrischen Waffenlieferungen. Im Gegenteil, der syrische Präsident Baschar al-Assad hat darauf hingewiesen, dass eine Entwaffnung der Hisbollah nur unter Berücksichtigung der Gesamtsituation in der Region – namentlich der israelischen Siedlungspolitik und der Besetzung der Golanhöhen – infrage käme.

Der Iran als weiterer wesentlicher Akteur in der Region schließlich steht ideologisch als starker Partner hinter der Hisbollah, versorgt sie ebenso mit Rüstungsgütern und kann auf diese Weise, genau wie Syrien ohne direkte Präsenz, den stets propagierten Kampf gegen Israel führen.

Mittelfristige Perspektiven

Kann der fortgeführte Einsatz der UN-Soldaten – sei es zu Lande oder zur See – die Lage zwischen den Konfliktparteien maßgeblich beeinflussen? Den seit 1978 im Südlibanon stationierten UNIFIL-Truppen ist es bisher nicht gelungen, umfassend deeskalierend zu wirken. Ebenso hat die Patrouillentätigkeit des UNIFIL-Seeverbandes von 2006 bis 2008 zu keinem einzigen aufgebracht Schiff geführt, das nachweislich Waffen für die Hisbollah geladen hatte. Die Sicherheit der Blauhelmsuppe selbst war ununterbrochen gefährdet, was durch mehr als 200 getötete Soldaten seit Mandatsbeginn nur allzu deutlich wird. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass UNIFIL vor der Resolution 1701 (2006) lediglich ein »schwaches Mandat« hatte, das einzig

auf eine Beobachter-, nicht aber auf eine Kampfmission zugeschnitten war.

Da weder Syrien noch dem Iran an einer kriegerischen Eskalation mit den Vereinten Nationen gelegen ist, dürften UNIFIL-Truppen kaum durch ein Eingreifen syrischer oder iranischer Militärkräfte bedroht sein. Selbst die entschlossene Entwaffnung der Hisbollah durch reguläre libanesische Kräfte würde voraussichtlich nicht zu einem Eingreifen der beiden Staaten führen. Davon – ebenso wie von einer freiwilligen Selbstentwaffnung der Hisbollah – kann allerdings zur Zeit nicht ausgegangen werden.

Israel behält es sich vor, auch weiterhin Führungspersönlichkeiten der Hisbollah gezielt zu töten und Schlüsselstellungen zu bombardieren. Mit entsprechenden Militäroperationen, die meist zivile »Kollateralschäden« einschließen, ist im gesamten Libanon zu rechnen.

Zwei Entwicklungen könnten die Lage entschärfen. Die libanesische Regierung lehnt es unverändert ab, die Hisbollah gewaltsam zu entwaffnen. In diesem Zusammenhang erscheint es erstens denkbar, die Hisbollah-Milizen in die libanesischen Streitkräfte zu integrieren. Ein anderer Schritt mit großer Wirkung wäre die Rückgabe der Schebaa-Farmen durch Israel. Damit wäre der Hisbollah ein wesentliches Propagandaziel genommen.

Insgesamt stellt sich allerdings die Frage, ob eine begrenzte Konfliktlösung gelingen kann, ohne die äußerst komplexe Gesamtlage der Region zu betrachten. Dies macht die Einbeziehung der offenen Palästinenser-Frage, die Zukunft der annektierten Golanhöhen, eine Regelung der Wasserversorgung der Region und des ungeklärten libanesisch-syrischen Grenzverlaufs ebenso notwendig wie die Anerkennung des Staates Israel.

Mit Stand Oktober 2008 bleibt immerhin festzuhalten, dass seit der Waffenruhe vom 11. August 2006 keine direkten Kampfhandlungen mehr zwischen Israel und der Hisbollah stattgefunden haben. Dies wird aller Voraussicht nach auch so bleiben – zumindest solange jede Seite den Status quo nicht als Schwächung der eigenen Position ansieht.

Tarik Ndifi